

Kapitalismus. Die Kraft der Parteien reicht nur für risikoarme Strategien. Sie fürchten einen ernsthaften Richtungswahlkampf, der so viel Grundsätzliches aufwühlt, ohne dass sie Antworten geben könnten. Die Merkel-CDU hofft, mit einem Regierungswahlkampf durchzukommen. Die SPD weiß nicht, wann und wie viel Richtungswahlkampf sie machen soll. Beide haben sich bislang nicht zu der durchgreifenden Reform des Finanzsystems durchgerungen, die allein die Ursachen der gegenwärtigen Krise beseitigen könnte.

Die großen Parteien verlieren nach innen an Substanz, nach außen an Profil und Mobilisierungsfähigkeit. Immer weniger überzeugen ihre Integrationsangebote. Die Kleinparteien sind nicht besser, nur auf dem Wählermarkt forscher. Sie verbergen ihre Angst vor neuen Koalitionen hinter der Kulisse programmatischer Radikalität. Die Krise der Großparteien erfordert eigentlich von der Gesamtheit der politischen Klasse die Übernahme größerer Verantwortung. Im Spiel von fünf oder sechs Parteien lassen sich aber auch immer welche finden, denen man den Schwarzen Peter zuschieben kann. Die Verantwortungsbereitschaft schwindet.

Am Ende kann die Wahl selbst enttäuschen. Sie kann zur Momentaufnahme werden, die schon am nächsten Tag nicht mehr stimmt. Das Wahlversagen hat zwei

Gesichter. Zum einen kann sich die soziale und kulturelle Mehrheit der Bevölkerung in den möglichen Mehrheitskoalitionen nicht ausdrücken. Drohende Klimakatastrophen verschwinden in den schwarzen Löchern von Finanz- und Wirtschaftskrise, in der Verengung auf Ökonomie. Zum anderen ist die alte ökonomische Mehrheit, die große Chancen hat, sich durchzusetzen, auf Sand gebaut. Man wählt die Wirtschaftskompetenz der bürgerlichen Parteien, glaubt aber nicht mehr an deren Rezepte. Die Wahl trägt dann nicht zur Klärung bei, worin ökonomische, und das heißt heute Krisen-Kompetenz, wirklich besteht.

Die tatsächlichen Alternativen müssen glasklar gemacht werden, sonst könnte die Bundestagswahl zur Repräsentationskrise werden: zwischen dem Problembewusstsein der Wähler, den Entscheidungsalternativen der Parteien und den Ergebnissen der Wahl. In der Wahl wüsste man sonst hinterher nicht, was die Wähler mit ihrem Votum gemeint haben. Es kommt also darauf an, die Richtungsentscheidungen, die mit dieser Wahl getroffen werden, vor der Wahl nicht zu vernebeln, sondern eindeutig sichtbar zu machen.

*(Kurzfassung eines Beitrages aus dem Buch Wohin steuert Deutschland? Bundestagswahl 2009, das vor kurzem bei Hoffmann & Campe erschienen ist.)*

Albrecht von Lucke

## Die Union als »schwarze Sonne«?

### Albrecht von Lucke

(\* 1967) ist Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik* in Berlin. Soeben im Wagenbach Verlag erschienen: *Die gefährdete Republik. Von Bonn nach Berlin: 1949-1989-2009.*

albrecht.vonlucke@blaetter.de



Bei der kommenden Bundestagswahl geht es in der Tat um eine Weichenstellung. Doch die SPD hat dabei ein fundamentales Problem: Anders als die Union kann sie keine Weichen stellen, da sie über keine eigene Macht- und Regierungsoption verfügt. Das könnte dramatische Folgen für sie haben.

Der europaweite Absturz der Sozialdemokratie auf das 20-Prozent-Niveau steht möglicherweise für eine historische Zäsur. Und wer gehofft hatte, die Auswirkungen der jüngsten Europawahlen würden auf die europäische Ebene beschränkt bleiben, sieht sich durch die aktuellen Umfragen widerlegt. Demnach rangiert die SPD auch bei der Sonntagsfrage – »Wen würden sie wählen, wenn heute Bundestagswahlen wären?« – konstant bei einem Ergebnis von rund 25 %. Das bedeutet, dass die SPD auf absehbare Zeit nicht mehr in der Lage sein könnte, in die Nähe einer kleinen Koalition – mit Grünen oder FDP oder Linkspartei – zu geraten. Dennoch machen die Verluste der SPD allein die Zäsur nicht aus. Der Einschnitt wird komplettiert durch den deutlichen Stimmengewinn für die Grünen. Dieser Zuwachs hat weitreichende Konsequenzen für die Bundestagswahlen – und für die gesamte politische Statik des Landes.

Bisher stand angesichts der strategischen Aussichtslosigkeit von Rot-Grün und aufgrund der inhaltlichen Unvereinbarkeit der Parteien in Ampel- und Jamaika-Konstellationen nur eine einzige eindeutige Richtung zur Wahl: Schwarz-Gelb. Die SPD kämpft dagegen in erster Linie für dessen Verhinderung, zumal sich für die hilfswise propagierte Ampel-Koalition kein wirklicher Wahlkampf betreiben lässt. Gegen die »Haifischpartei« FDP erst vehement zu agitieren, um anschließend mit ihr friedfertig zu koalieren, ist fast ein Ding der Unmöglichkeit – ganz abgesehen von den enormen Diskrepanzen zwischen den beiden potenziellen Koalitionspartnern, den Grünen und der FDP. Faktisch hieß deshalb bisher die eigentliche Alternative: Schwarz-Gelb oder Große Koalition.

Doch seit den Europa-Wahlen ist diese Lage passé, gibt es eine dritte mögliche Konstellation, nämlich Schwarz-Grün. Bei den letzten Bundestagswahlen erzielten Bündnis 90/Die Grünen 8,1 %. Sollten sie ihr jüngstes Europa-Ergebnis wiederholen

können, kämen sie dagegen auf gut 13 (oder mehr) Prozentpunkte und könnten mit einer Union um die 35 % koalieren (Aufgrund der wirkungslosen Stimmen für die Splitterparteien würde dies für die absolute Mehrheit reichen).

Wenn sich die gegenwärtigen Prognosen bewahrheiten und es der Sozialdemokratie nicht bis zum Herbst gelingt, ihren Niedergang aufzuhalten und wenigstens in Ansätzen umzudrehen, könnten wir es in Zukunft mit einem gänzlich anderen Parteiensystem zu tun bekommen. An Stelle der klassischen Konstellation aus einem linken und einem rechten Lager würden zwei sogenannte »bürgerliche Parteien«, FDP und Grüne, um die Union als schwarze Sonne kreisen, während SPD und Linkspartei sich, um im Bilde zu bleiben, in anderen, fernen Galaxien tummeln, die mit Regierungsmacht wenig zu tun hätten. Die Union hätte die freie Auswahl, während die Linke als politische Strömung zunehmend strukturell regierungsunfähig werden könnte.

### **Die Grünen und die Verlockung der Macht**

Die Erosion der Sozialdemokratie hat heute bereits erhebliche Auswirkungen: In dem Maße, in dem die Bindekräfte der SPD schwinden, wirkt die Verlockung der Macht bei den anderen Kräften, insbesondere bei den Grünen, die sich immer stärker der Union öffnen. Vorreiter sind, nachdem die Hamburger Koalition unter Ole von Beust bereits die Tür aufgestoßen hatte, die Großstädte im Süden der Republik. Ob Stuttgart, Freiburg oder Frankfurt: Überall kommen schwarz-grüne Bündnisse in Betracht.

Doch auch auf Bundesebene könnten wir es wesentlich schneller als bisher angenommen mit einer schwarz-grünen Koalition zu tun bekommen, nämlich bereits nach der nächsten Bundestagswahl. Be-

reits heute wird eifrig an derartigen Konzepten gearbeitet. Grüne Realo-Strategen wie Joscha Schmierer und Ralf Fücks wollen aus ihrer Partei eine »neue Volkspartei« formen, die endgültig keinem Lager mehr zugehörig sein, sondern Äquidistanz zu SPD und Union halten soll, um auf dieser Weise der, aus Sicht der Grünen, »babylonischen Gefangenschaft« der SPD zu entkommen.

Auch die Beschlusslage der Grünen ist hinsichtlich einer schwarz-grünen Koalition völlig offen. Nachdem sich die beiden Spitzenkandidaten mit ihrem Plädoyer für die Ampel nicht durchsetzen konnten, erteilte der Wahlparteitag lediglich einer Jamaika-Koalition eine klare Absage. Im Parteiprogramm blieb die Koalitionsfrage ansonsten unbeantwortet. Inzwischen schließt Renate Künast eine Koalition mit der Union nach der Bundestagswahl nicht mehr grundsätzlich aus. »Das Wort ›verschließen‹ passt nicht auf unsere Situation«, teilte Künast dem *Hamburger Abendblatt* mit. Man müsse »jede Chance, die es gibt, nutzen«, um eine ökologisch-soziale Politik zu ermöglichen.

Der zweite Spitzenkandidat, Jürgen Trittin, sagte derweil in einem Interview mit der *Leipziger Volkszeitung*: »In allen zentralen Punkten geht für die Grünen nichts mit CDU und FDP.« Und weiter: »Unser Ziel ist es, Schwarz-Gelb zu verhindern, und wir wollen ein Ende der Großen Koalition. Unsere Eckpunkte sind mit Jamaika nicht zu verwirklichen. Deswegen haben wir diesem Bündnis eine Absage erteilt.« Ausdrücklich nur »diesem Bündnis« – aus Grünen, Union und FDP. Nachtigall, ick hör Dir trapsen, sagt dazu der Berliner.

### Medialer Rückenwind

Eines ist gewiss: Den Rückhalt wesentlicher Medien hätten die Protagonisten einer schwarz-grünen Koalition. Insbeson-

dere die Hamburger Troika – *Zeit*, *Spiegel*, *Stern* – hat ihre einstige, auch generationell bedingte Verbundenheit mit der SPD inzwischen abgelegt. In den 60er und 70er Jahren standen die drei Blätter eindeutig links von der Mitte. Heute kann davon keine Rede mehr sein. Insbesondere die inzwischen eher liberal-konservative *Zeit* drängt seit langem auf eine neue »bürgerliche Koalition«. Während man jedoch in den Grünen den eigentlichen liberalen Sachwalter eines ökologisch aufgeklärten Bürgertums sieht, wird die FDP um Guido Westerwelle als vulgärliberaler Marktschreier des Staatsabbaus eher verachtet.

Gewiss, noch erscheint fraglich, ob die Union für ein schwarz-grünes Bündnis auf Bundesebene bereit wäre. Bei Angela Merkel dürfte man daran weniger Zweifel haben als bei der CSU. Wirtschaftsminister zu Guttenberg signalisierte allerdings bereits sein Interesse; man müsse »da noch viel beweglicher werden«.

Für ein solches Bündnis spricht in der Tat das gemeinsame strategische Interesse von Grünen und Union. Für Letztere hätte die Konstellation zwei entscheidende Vorteile: Zum Ersten wäre mit einer Koalitionsoption das Erpressungspotenzial der FDP als bisher einzigem möglichen Partner gebannt. Zum Zweiten gab es unter wertkonservativen Aspekten immer schon Berührungspunkte zwischen Union und Grünen, während die fast ins Anarchistische gehende Staatsfeindschaft der Westerwelle-FDP die sozialstaatsorientierte Wählerschaft der Union eher abschreckt – und sich als gefährlicher Bumerang im Wahlkampf erweisen könnte.

Mittelfristig dürfte die Union, so sie gut beraten ist, Äquidistanz zu beiden Parteien halten, um sich ihren jeweiligen potenziellen Koalitionspartner je nach Lage der Dinge aussuchen zu können. Aus der Mittelfristigkeit könnte allerdings ganz schnell Kurzfristigkeit werden. Wie nämlich sähe die Situation aus, wenn es am 27. Septem-

ber nicht nur für Schwarz-Gelb, sondern auch für Schwarz-Grün reichte – oder vielleicht sogar nur für Letzteres? Immerhin ist der Vorsprung der FDP auf die Grünen inzwischen auf nur noch ein bis zwei Prozent zusammengeschmolzen. Und wenn es den Grünen gelänge, auch aufgrund ihrer neuen Machtoptionen weitere Stimmen zu gewinnen, ist keineswegs ausgemacht, dass sie am 27. September nicht doch die Nase vor der FDP haben werden.

Wer wollte garantieren, dass dann nicht viele auf die Idee verfielen, Schwarz-Grün zu propagieren – schon um dem Land weitere vier Jahre einer Großen Koalition zu ersparen? Wie heißt der alte Leitspruch: Über Koalitionen spricht man nicht, Koalitionen macht man. Zumal wenn sie schwierig sind. Aber auch das ist offenbar längst überholt: Denn einer hat das vermeintliche Schweigegelübde bereits unverblümt gebrochen, nämlich Daniel Cohn-Bendit. Wie sagte der geübte Provokateur nach seinem triumphalen Erfolg bei den Europawahlen zur Niederlage der SPD: »Dann machen wir eben Schwarz-Grün.«

### **Machtperspektive Rot-Rot-Grün**

Die Sozialdemokratie hat demgegenüber immerhin zwei Chancen: Erstens muss sie mit aller Macht versuchen, wieder in die Nähe einer möglichen kleinen Koalition zu geraten. Da dies jedoch, zumindest gegenwärtig, wenig aussichtsreich erscheint, wird sie sich zukünftig wesentlich stärker auf die einzige Dreierkonstellation mit politischen Schnittmengen einlassen müssen, nämlich Rot-Rot-Grün. Selbst die ehemaligen »Friends of Gerd«, wie etwa der umtriebige Manfred Bissinger, trommeln inzwischen, wenn auch primär aus strategischen Gründen, für ein rot-rot-grünes Bündnis spätestens für das Jahr 2013. Obwohl sich diese Konstellation angesichts des ziemlich desolaten Zustands der Links-

partei als keineswegs einfach erweisen dürfte, verfügt die SPD über keine Alternativen. Die Partei muss deshalb alle Anstrengungen unternehmen, echte Perspektiven in diese Richtung zu eröffnen.

Tatsächlich birgt diese Option durchaus Chancen. Noch gibt es innerhalb der Grünen genügend Kräfte, die strikt gegen eine Neuverankerung im bürgerlich-konservativen Lager optieren. So bringen sich inzwischen einige junge Hoffnungsträger um den Neu-Grünen und EU-Abgeordneten Sven Giegold in Stellung, um linke politische Alternativen und strategische Koalition auszuloten. Gelingt es der SPD jedoch nicht, diesen Kräften eine machtpolitische Perspektive zu eröffnen, dürften auf kurz oder lang jene die Oberhand erlangen, die die Grünen endgültig jenseits des linken Lagers, in einem »bürgerlichen Bündnis« (Winfried Kretschmann), verorten wollen.

Einen großen Vorteil haben die Befürworter von Rot-Rot-Grün: Bisher, das hat eine Untersuchung des Parteienforschers Joachim Raschke ergeben, bestehen die politischen Lager allen Behauptungen zum Trotz unvermindert fort: »Werden die Wähler einer bestimmten Partei nach ihrer Zweitpräferenz gefragt, so liegt die fast ausnahmslos im selben Lager. Der CDU-Wähler neigt zur FDP, die SPD-Wählerin zu den Grünen. Und umgekehrt.«

Damit sind für die SPD weiterhin alle Chancen gegeben, ein funktions- und regierungsfähiges linkes Regierungsprojekt aufzubauen. Die letzten gut elf Jahre, die die SPD an der Regierung verbrachte, waren in dieser Hinsicht verlorene Jahre. Selbst wenn die Partei am 27. September ein respektables und zu erneuter Regierungsbeteiligung befähigendes Ergebnis erreichen sollte, wird sie sich während der nächsten Legislaturperiode energisch um echte Regierungsalternativen bemühen müssen. Andernfalls könnte sie spätestens in vier Jahren endgültig mit leeren Händen dastehen.